



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

1. Mai: UNSER TAG. Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2013 in Stuttgart

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
der 1. Mai 2013 ist ein denkwürdiger Tag.

Denn dass wir uns heute hier versammeln können, ohne Angst um Leib und Leben, ist nicht selbstverständlich.

Heute vor 80 Jahren verfälschten die Nationalsozialisten den internationalen Tag der Arbeiterbewegung zum „Feiertag der nationalen Arbeit“.

Einen Tag später überfielen SA-Kommandos die Gewerkschaftshäuser, verhafteten Gewerkschaftsführer, folterten sie und prügeln viele zu Tode.

Hier in Stuttgart spielte sich das im Gewerkschaftshaus in der Willi-Bleicher-Straße ab, die damals noch „Kanzlei-Straße“ hieß.

Die Nazis beschlagnahmten das neu gebaute Haus und raubten das Geld der Arbeiterschaft.

Der Tag der Zerschlagung der Gewerkschaften besiegelte das Ende der Demokratie. Es war der Beginn einer zwölfjährigen Terrorherrschaft mit Gewalt, Krieg und Holocaust.

Am Ende hatten über 50 Millionen Menschen ihr Leben verloren, hunderte Millionen waren körperlich geschädigt und seelisch traumatisiert.

Wenn wir heute an diese Menschheitskatastrophe erinnern, dann tun wir das in dem Wissen, dass die faschistische Machteroberung auch der schwärzeste Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung war.

Die Arbeiterbewegung war gespalten, zerstritten und verfeindet.

Sie war nicht in der Lage, gemeinsam mit allen demokratischen, republikanischen und nichtfaschistischen Menschen, Parteien und Organisationen Demokratie und Freiheit zu verteidigen.

Das darf sich nie wiederholen!

Die Idee der Einheitsgewerkschaft ist die Idee einer starken, engagierten und solidarischen Gemeinschaft, für die die Würde des Menschen und seine Freiheit unantastbar sind.

Das betrifft seine Freiheit von materieller Not ebenso wie sein Recht, ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben zu führen.

Da haben Nationalismus, Chauvinismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit keinen Platz.

Faschismus ist keine Meinung. Faschismus ist ein Anschlag auf unsere Freiheit, Faschismus ist eine Gefahr für Leib und Leben.

Über 150 Menschen sind seit der Wiedervereinigung in Deutschland Opfer rassistischer Gewalt geworden.

Zehn Morde hat allein die Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ auf dem Gewissen.

Ich erwarte, dass der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags umfassend das Versagen der Sicherheitsbehörden aufklärt und dass die Politik Konsequenzen zieht.

Vor allem erwarte ich, dass die NPD, dass alle faschistischen Organisationen endlich verboten werden.

Denn dabei bleibe ich: Faschismus ist keine Meinung. Faschismus ist ein Verbrechen.

Kolleginnen und Kolleginnen,
rechte Ideologien, Nationalchauvinismus, Rassismus und Antisemitismus sind nicht nur ein deutsches Phänomen.

In vielen Ländern Europas ist der rechte Ungeist erwacht – wenn er denn je geschlafen hat.

Arbeitslosigkeit und Unsicherheit sind nicht seine Ursache.

Die Wurzeln aller Ideologien, die Menschen ausgrenzen, herabsetzen oder vernichten wollen, liegen viel tiefer.

Ich weiß aber: Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Unsicherheit und Abstiegsängste sind ein gefährlicher Nährboden, auf dem braunes Gedankengut wachsen und gedeihen kann.

Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, ist die aktuelle Krise der Europäischen Union nicht nur eine wirtschaftliche und finanzielle Krise. Es ist vor allem eine politische und soziale Krise.

Wer das Projekt Europa als Projekt einer Freihandelszone zur ungehemmten Profitmaximierung missbraucht, wer sich um die Einlagen reicher Anleger und Steuerflüchtlinge mehr sorgt als um die sozialen Grundrechte der Bevölkerung, der gefährdet nicht nur, der zerstört Europa.

Der zerstört die Idee eines einigen, eines demokratischen und sozialen Europas, in dem die Menschen friedlich und solidarisch zusammen leben können.

Kolleginnen und Kollegen, Ist das Polemik? Nein.

Die Wirklichkeit hat es bewiesen: Die neoliberale Sparpolitik hat die Krisen in Europa nicht gelöst. Nicht die Konjunkturkrisen und auch nicht die Finanzkrisen.

Haushaltskürzungen verschärfen die Rezession, Sozialabbau stürzt die Menschen in Südeuropa in Elend und Not.

Fast 20 Millionen Menschen in der Union sind arbeitslos. Neun Millionen Jugendliche stehen ohne Hoffnung auf der Straße.

In Ländern wie Griechenland ist die Gesundheitsversorgung zusammengebrochen.

Wie blind müssen Politiker sein, um das nicht zu sehen.

Es ist menschenverachtend, wenn weiter auf dem Rücken der Arbeitslosen, der Kranken und Alten gekürzt wird.

Ich appelliere deshalb an Regierungen und EU-Kommission: Packt die neoliberale Abrissbirne ein.

Wir brauchen ein Aufbauprogramm für Europa, wir brauchen Investitionen in Arbeit, Umwelt, Gesundheit und Bildung.

Kolleginnen und Kollegen,
im Herbst sind die Wahlen zum Deutschen Bundestag.

Ich verspreche Euch: Es wird ein mächtiger Posaunenchor anheben, wie gut es Deutschland doch geht.

Aber was verschwiegen wird: Deutschland ist nicht besser durch die Krise gekommen, weil hier Neoliberalismus herrscht.

Deutschland ist besser durch die Krise gekommen, weil wir Sozialstaat und Mitbestimmung haben, weil wir damit Massenentlassungen und Massennot verhindert haben.

Auch in Baden-Württemberg galt seit 2009: „Keine Entlassungen in der Krise!“ Dank unserer Tarifverträge und dank der Verlängerung der Kurzarbeit haben wir das geschafft.

Das ist maßgeblich das Verdienst der Gewerkschaften und der Betriebsräte.

Wenn die Westerwelles, Brüderles und Röslers sich durchgesetzt hätten, dann hätten wir auch hier steigende Massenarbeitslosigkeit, sozialen Kahlschlag und noch mehr Entsolidarisierung der Gesellschaft.

Aber ich möchte auch keinen Hehl daraus machen: Deutschland ist nicht das Land der Glückseligen, wo für alle Menschen Milch und Honig fließen.

Deutschland ist ein sozial tief gespaltenes Land.

Viele Millionen Menschen sind von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

Ja: Deutschland ist ein Land mit Wachstum.

Deutschland ist in Europa das Land mit dem stärksten Wachstum des Niedriglohnsektors.

Es gibt immer weniger normale, gut bezahlte Jobs.

Leiharbeit, Werkverträge, befristete Beschäftigung, Minijobs und unbezahlte Praktika gehören zum Alltag in deutschen Betrieben und Büros.

In manchen Regionen Baden-Württembergs sind über 20 Prozent der Arbeitsplätze sogenannte Minijobs. Besonders in Hotels und Gaststätten und im Einzelhandel werden viele Stellen in zwei bis drei schlecht bezahlte Jobs aufgeteilt. Nur weil es billiger ist.

Die Betriebsräte in der Region Stuttgart haben schnell erkannt, dass Leiharbeit als Billiglohn-Strategie ausgenutzt wird. Bei Daimler und bei Porsche gab es schon früh Betriebsvereinbarungen, die das stoppen sollten. Inzwischen haben wir Regeln per Tarifvertrag durchgesetzt.

Das sind Erfolge.

Die Unternehmer tun aber alles, um diese Erfolge zu unterlaufen.

Sie wollen sich eine billige Manövriermasse in den Betrieben erhalten. Jetzt weiten sie Werkverträge aus – in einem Bereich, wo wir bisher kaum Zugriff hatten.

Ich kann versprechen: Auch hier sind wir aktiv, um Schlechterstellung und weiterer Spaltung von Belegschaften entgegenzuwirken.

Aber ich kann nicht alles versprechen und ich kann vor allem nicht die Bundesregierung aus der Haftung nehmen.

Wir brauchen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen gesetzliche Regelungen, die Missbrauch und Arbeitgeberwillkür ein Ende setzen.

Ich weiß nicht, wie lange sich die CDU (die Bundeskanzlerin) noch hinter der FDP verstecken will. Wir brauchen endlich einen gesetzlichen Mindestlohn, der in anderen europäischen Ländern längst üblich ist.

Kolleginnen und Kollegen,

aus aktuellem Anlass: Die IG Metall hat in zwei Runden versucht, eine Tarifeinigung am Verhandlungstisch zu erzielen.

Die Metall-Arbeitgeber haben sich dem verweigert. Sie wollen zwei Nullmonate und dann eine Erhöhung von 2,3 Prozent. Das sind nach Adam Riese gerade einmal 1,9 Prozent auf das Jahr gerechnet.

Ich sage: Nicht mit uns.

Das ist keine Reallohn-Erhöhung, das ist ein Reallohn-Stopp!

Ich weiß, dass wir in den Branchen und Firmen unterschiedliche Wirtschaftslagen haben. Aber unter dem Strich haben die Unternehmen Profite von über 50 Milliarden Euro gemeldet. Den Gewinn haben nicht die Aktionäre, den haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwirtschaftet.

Die Beschäftigten haben sich deshalb eine Einkommensverbesserung verdient!
Autos kaufen keine Autos! Es sind die Beschäftigten, die durch ihren Konsum Konjunkturstütze und Wachstumstreiber sind.

Wenn wir mit unseren Argumenten nicht durchdringen, müssen wir eben Druck machen.

Und die baden-württembergischen Metallerinnen und Metaller können Druck machen. Das werden sie auch in der Region Stuttgart beweisen.

In der kommenden Nacht um 3 Uhr geht es in Sindelfingen los: Die Kolleginnen und Kollegen von Daimler gehen vor's Werkto. Und weitere Warnstreiks werden folgen. Ich gehe davon aus: Ihr seid alle dabei.

Kolleginnen und Kollegen,

Klimawandel und Umweltzerstörung sind Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Als Gewerkschaft der Beschäftigten in der Automobilindustrie setzen wir uns nicht nur für Einkommen und Arbeitsplätze der Beschäftigten ein, sondern wir müssen auch die Zukunftsfragen beantworten.

Wenn wir Fragen der sozialen Akzeptanz des Automobils, der ökologischen Nachhaltigkeit, der Verteuerung der fossilen Treibstoffe ausblenden, dann gilt der Satz: Wer nicht mit der Zeit geht, der muss mit der Zeit gehen.

Ich bin überzeugt: Wenn wir ökologische Fahrzeuge mit modernen Antriebs- und Speichersystemen entwickeln, wenn vernetzte Verkehrssysteme für urbane Ballungszentren und den Fernverkehr geschaffen werden, dann gibt es auch in Zukunft gute Einkommen und Arbeitsplätze in der Autoindustrie.

Wir müssen das aber auch selbst anpacken. Ihr hier in Baden-Württemberg geht mit gutem Beispiel voran. Ihr macht jedes Jahr den „Automobiltag“. Und die von Euch in Auftrag gegebene Studie zu „Elektromobilität und Beschäftigung“ zeigt: Elektromobilität und Beschäftigungssicherung können Hand in Hand gehen.

Wir können Mobilitätskonzepte nicht Investorengruppen, Hedgefonds und Anteilseignern überlassen, die nur kurzfristigen Profit im Auge haben.

Wir müssen das selbst in die Hand nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
eine Nachricht von vergangener Woche hat uns erschüttert.

Der Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesh mit vielen hundert Toten zeigt das brutale, das grausame Gesicht der Globalisierung. Es ist kaum anderthalb Jahre her,

dass bei einem Brand ebenfalls in einer Textilfabrik in diesem Land über 100 Menschen getötet wurden.

Ich will es so deutlich sagen: Kriminelle Ausbeuter vor Ort und globale Konzerne arbeiten Hand in Hand, damit T-Shirts oder Jeans bei uns im Westen ein paar Cent billiger – und ihre Profite umso höher sind.

Es ist unsere Aufgabe, jene Konzerne und Händler anzuprangern, die von der Ausbeutung profitieren. Sie haben Namen und Adressen, und diese müssen wir nennen.

Das sind nicht nur Textilunternehmen, das sind auch Elektronikkonzerne, die mit schicken Designs und flotten Sprüchen für ihre trendigen Produkte werben. Auch die Europäische Union darf sich vor diesen Zuständen nicht wegducken.

Wir brauchen verbindliche Sozialstandards auf internationaler Ebene. Sie gehören in jedes Handelsabkommen.

Wir müssen den kriminellen Ausbeutern das Handwerk legen.

Kolleginnen und Kollegen,
wenn es am Schluss meiner Rede kommt, dann nicht, weil es am unwichtigsten ist.

Die Frage von Krieg und Frieden ist existenziell für die Menschen.
Wir haben viele Brandherde in der Welt; täglich lodern neue auf.

Mit großer Sorge muss ich seit Jahren beobachten, wie Außenpolitik militarisiert wird.

Seien es Kriege und Konflikte in Asien oder Afrika: Militärische Lösungen – die nirgendwo eine echte Lösung gebracht haben – bekommen Vorrang vor zivilen und friedlichen Lösungen. Oft wird durch Waffenlieferungen Öl ins Feuer gegossen.

Ich will da gar nicht mit dem Finger auf die Vereinigten Staaten zeigen. Wir sollten auch vor der eigenen Haustüre kehren.

Ich kann kaum eine nachhaltige, langfristige und abgestimmte europäische Politik erkennen, die Konflikt- und Armutsregionen hilft. Die ihnen hilft, mit sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und kultureller Entwicklung den Kreislauf von Krieg, Armut und Gewalt zu verlassen.

Solange Rüstungslobbyisten und Rohstoffinteressen europäische Außenpolitik dominieren, werden die Ursachen für Kriege und gewaltsame Konflikte nicht beseitigt.

Wenn der preußische General von Clausewitz meinte, Krieg sei die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln, dann sage ich dagegen: Krieg ist die Fortsetzung von Politik mit falschen Mitteln.

Hunger, Unwissenheit und Hass lassen sich nicht mit Bomben bekämpfen. Gegen Hunger, Unwissenheit und Hass helfen nur Nahrung, Bildung und Solidarität.

Danke schön.